

17/SEU XXIV.GP

STELLUNGNAHME**gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG**

**des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union
des Hauptausschusses des Nationalrates
vom 22. Oktober 2013**

COM(2013) 534 final**Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen
Staatsanwaltschaft**

Das zuständige Mitglied der Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen zur Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft dafür einzutreten, dass:

- die Europäische Staatsanwaltschaft über eine ausreichende und effiziente personelle Ausstattung verfügt,
- die Hauptlast für die Ermittlungstätigkeiten nicht bei den nationalen Behörden liegt,
- auf einheitliche europäische Verfahrensbestimmungen, gemeinsame Mindeststandards sowie eine funktionierende gerichtliche Kontrolle hingewirkt wird,
- die Kompetenzen von OLAF, Eurojust und Europol auf die Europäische Staatsanwaltschaft bestmöglich angepasst werden.